

diese besondere Pastoralarbeit interessieren. Die „Fédération Vietnamiennne du Travail“, eine dem Weltbund christlicher Gewerkschaften angeschlossene Organisation mit 400 000 Mitgliedern, von denen die übergroße Mehrzahl Buddhisten sind, hat sich kräftig entwickelt, aber fast gegen den Willen des Klerus.

Die Studenten, die in Südvietnam eine wachsende politische Rolle spielen, sind gewissermaßen der Gradmesser für die Zukunft der Kirche. Die dem Weltbund katholischer Studenten (Pax Romana) angeschlossenen „Fédération des Etudiants Catholiques du Vietnam“ hat sich in den letzten Jahren besser auf ihre Aufgaben konzentriert. Doch ist ein gewisser Partikularismus bei den konstituierenden Elementen noch nicht ganz überwunden. Es herrscht eine gewisse Überbetonung der Spiritualität und eine übergroße Vorsicht gegenüber dem Engagement vor, etwa nach dem französischen Muster der spezialisierten katholischen Aktion. Dadurch liefert die lebendige und attraktive Gruppe zu wenig geschulte Führungskräfte. Bei der Gruppe des Père Quynh dagegen finden sehr viele Studenten — wohl an erster Stelle wegen ihrer nordistischen Herkunft — eine Einsatzmöglichkeit, die sie anzieht.

#### *Die Bemühungen des Episkopats*

Nach dem Sturz von Ngo Dinh Diem war der vietnamesische katholische Episkopat und besonders sein Wortführer, der Erzbischof von Saigon, in der heiklen Lage, sich gegenüber der Regierung und den Buddhisten gegen den Verdacht eines politischen Konfessionalismus wehren zu müssen, ohne über erlittenes Unrecht völlig mit Schweigen hinweggehen zu können. Die öffentlichen Stellungnahmen der Bischöfe beschränkten sich auf Proteste gegen Diskriminierungen. Eine aktive Rolle im gesellschaftlichen Leben oder in der Politik konnte der Episkopat nicht spielen, da er durch den Erzbischof von Hue, den Bruder des gestürzten Präsidenten, schwer belastet war. Die Bischöfe der aus dem Norden geflüchteten Katholiken unterstützten den militanten Teil ihrer Gläubigen im Kampf oder in der Resistenz gegen die „kommunistische“ Freiheitsfront und gegen die Nordvietnamesen. Der Erzbischof von Saigon hat unter seinem persönlichen Vorsitz einen Ausschuß gegründet, der das Mandat zur politischen Vertretung der Katholiken gegenüber den anderen politischen Kräften erhielt. Es ist das bereits erwähnte Comité de Liaison, das in erster Linie

die Beziehungen zu den Buddhisten nicht abreißen zu lassen sucht. Die „südlichen“ Bischöfe haben gegenüber den Buddhisten immer eine recht konziliante Haltung eingenommen und keine Gelegenheit vorübergehen lassen, das auch in der Öffentlichkeit zu zeigen. Es gibt freilich bei den Katholiken genausowenig Einheitlichkeit in den Ansichten und Aktivitäten wie bei den Buddhisten. Die Einheit der Katholiken ist eine dogmatische, aber keine politische oder soziale. Der Episkopat ist sehr darum bemüht, vom Geistlichen her gemäß den Weisungen des Konzils eine neue Atmosphäre zwischen den Religionen zu schaffen. Das schließt aber natürlich gelegentliche Stellungnahmen gegenüber politischen Gruppenaktionen der Buddhisten nicht aus.

#### *Letzte Auseinandersetzungen*

Wegen Mangels an zuverlässigen Informationen ist es im Augenblick schwer zu sagen, welche Gründe eigentlich dafür maßgebend sind, daß in den Auseinandersetzungen um die Regierung Ky Buddhisten und Katholiken wiederum in scharfe Opposition zueinander geraten sind. Anfangs hatten beide Gruppen, d. h. die des Mönchs Thich Tri Quang und die des katholischen Geistlichen Hoang Quynh, in Opposition zur Regierung Ky gestanden. In den letzten Wochen wurden aber in dem Zusammenhang wieder scharfe Auseinandersetzungen zwischen Buddhisten und Katholiken gemeldet. Es handelt sich dabei gewiß um mehr als um persönliche Rivalitäten, obwohl auch dieser Faktor eine Rolle spielt. Wenn gegenwärtig die katholische Gruppe massiv gegen den gewaltigen Einfluß der Bewegung des Thich Tri Quang vorgeht, so muß man darin in erster Linie wohl eine Reaktion der Katholiken auf die angebliche oder tatsächliche FNL-freundliche Haltung der buddhistischen Bewegung sehen. Zwar hat Thich Tri Quang in einem sehr beachteten Interview sich unerwartet deutlich für einen antikommunistischen Kurs seiner Bewegung ausgesprochen und dabei die FNL als kommunistisch apostrophiert. Aber dies widerspricht nicht notwendigerweise früheren Äußerungen, in denen er sich für eine Zusammenarbeit mit den nichtkommunistischen Kräften in der FNL ausgesprochen hatte. Gewiß wittern die Katholiken hier Gefahren. Es bleibt aber zu fragen, ob sie sich wieder einmal isolieren, wie handfest ihre ideologischen und praktisch-politischen Argumente auch sein mögen.

## Aus der totalitären Welt

### **Kulturpolitische Auseinandersetzungen in Mitteldeutschland**

Wenn die SED-Führung auch mit der wirtschaftlichen, außenpolitischen und einem Teil der innenpolitischen Entwicklung im großen und ganzen halbwegs zufrieden sein kann und sie offensichtlich der Meinung ist, die Zeit arbeite für sie (vgl. Herder-Korrespondenz 19. Jhg., S. 619 ff.), mußte sie auf dem Elften Plenum des Zentralkomitees, das vom 15. bis 18. November 1965 in Ost-Berlin tagte, vor allem im Bereich der Kultur und der Jugendarbeit für sie bedrohliche Aufweichungserscheinungen feststellen. Schon Ende September 1965 scheint die Führung der SED sich auf einen härteren Kurs in

der Kultur- und Jugendpolitik eingestellt zu haben. Im Oktober wurden scharfe Stellungnahmen gegen jugendliche Gammler und Beatle-Imitatoren in der Presse veröffentlicht und wurde zu drastischen Selbsthilfeaktionen bei der „Belehrung und Bekehrung“ der Außenseiter aufgefordert. Ende November gerieten auf den Tagungen einiger Bezirksleitungen der SED auch nonkonformistische Künstler und Schriftsteller unter verstärktem Beschuß.

#### *Kritik an Filmen*

Einige Tage vor dem ZK-Plenum wurde der gesperrte DEFA-Film „Das Kaninchen bin ich“ scharf kritisiert. Dabei wurde insbesondere der Leiter des DEFA-Studios für Spielfilme und ehemalige Leiter der Kulturabteilung

im Zentralkomitee, Jochen Mückenberger (ein Bruder des Politbüro-Mitgliedes Erich Mückenberger) und der Star-Regisseur Prof. Kurt Maetzig, der Autor des überall anerkannten und preisgekrönten Films „Ehe im Schatten“, angegriffen. Der Film „Das Kaninchen bin ich“ wagt eine kritische Auseinandersetzung mit den politischen Willkürurteilen in Mitteldeutschland nach 1945. Alexander Abusch prangerte den Film als „gegen den Sozialismus und seine Wirklichkeit gerichtet“ an. Gleichzeitig warf Abusch dem inzwischen abgesetzten stellvertretenden Kulturminister Günter Witt und der Leitung des DEFA-Studios für Spielfilme öffentlich vor, daß sie es versäumt hätten, bei den „schon in der Grundlinie falsch angelegten Drehbüchern eine rechtzeitige und klare Entscheidung herbeizuführen...“

Inzwischen sind auch noch die Filme „Denk' bloß nicht, ich heule“, „Karla“, „Fräulein Schmetterling“ und „Wenn Du groß bist, lieber Adam“ verboten worden. Außerdem wurden vom Staatlichen Filmvertrieb Progreß sechs ausländische Filme aus dem Verleih zurückgezogen: „Gestern, heute, morgen“ und „Hochzeit auf italienisch“ (Italien); „Meine Nächte mit Jacqueline“ und „Meine Tage mit Pierre“ (Frankreich); „Asche und Diamant“ (Polen) und „Der Gurkenheld“.

Erich Honecker, der mutmaßliche Nachfolger Ulbrichts in der Parteiführung, und andere Politbüro-Mitglieder sahen sich genötigt, Verlage, das Fernsehen, die DEFA, den Jugendsender „DT 64“ und Schriftsteller zurechtzuweisen. Auch das Ministerium für Kultur wurde gerügt, weil es die Entwicklung dem Selbstlauf überlassen und nicht rechtzeitig eingegriffen habe.

Die Parteiführung war und ist ängstlich bemüht, zu verhindern, daß ihr der Film als ein wichtiges Mittel zur Beeinflussung der Massen entgleitet. Die Publikumswirksamkeit der Filme ist ein wichtiger Faktor in der gegenwärtigen Diskussion. Einige Filmschaffende sind der Ansicht, daß man dem Rückgang der Zuschauerzahlen nur durch echte, ehrliche Offenheit entgegenwirken könne. Der DEFA-Chefdramaturg Klaus Wischnewski forderte die Gründung eines speziellen Filmverbandes, der für die Filmschaffenden zu einem Zentrum künstlerischer und wissenschaftlicher Auseinandersetzung werden müsse. „Wir müssen endlich lernen zu begreifen, was eine Diskussion ist — nämlich eine Meinungsfindung, eine Klärung von Problemen, eine Überwindung von Irrtümern. Wir benötigen in der Kunst keine ‚Apotheker‘, die glauben, für alles Rezepte zu besitzen.“

Umfragen selbst unter Filmfachleuten haben ergeben, daß die großen Propagandafilme, z. B. die beiden Thälmannfilme, wenig geschätzt werden. Dagegen erzielte der erste in Mitteldeutschland hergestellte Wildwestfilm einen Besucherrekord. Im Theater ist die „sozialistische Gegenwartsdramatik“ kaum gefragt. Fast alle Intendanten und Dramaturgen ziehen das klassische Schauspiel oder moderne Dramen aus dem Westen oder aus anderen kommunistischen Ländern vor. Hier sei auch angemerkt, daß Jules Verne der beliebteste Jugendautor in Mitteldeutschland ist.

#### ... an der Beat-Musik ...

Honecker kritisierte auch den Jugendsender „DT 64“. Über eine lange Zeit habe dieser in seinem Musikprogramm einseitig die Beat-Musik propagiert. In den Sendungen des Jugendsenders würden in nicht vertretbarer Weise die Fragen der allseitigen Bildung und des

Wissens junger Menschen, die verschiedensten Bereiche der Kunst und Literatur der Vergangenheit und Gegenwart außer acht gelassen. Hinzu komme, daß im Zentralrat der Freien Deutschen Jugend die Beat-Musik fehlerhaft beurteilt worden sei.

„Sie wurde als musikalischer Ausdruck des Zeitalters der technischen Revolution ‚entdeckt‘. Dabei wurde übersehen, daß der Gegner diese Art Musik ausnutzt, um durch die Übersteigerung der Beat-Rhythmen Jugendliche zu Exzessen aufzuputschen. Der schädliche Einfluß solcher Musik auf das Denken und Handeln von Jugendlichen wurde grob unterschätzt.“

Nach dem 11. Plenum wurde auf administrativem Wege zahlreichen Tanzkapellen und Beat-Gruppen die Spielerelaubnis entzogen. Wie das Informationsbüro West am 5. April 1966 mitteilte, ist nach Aussage der Leiterin der Abteilung Kultur beim Rat des Bezirks Cottbus, Ursula Apel, für 12 Kapellen Auftrittsverbot ausgesprochen worden. Da die Überprüfungen noch nicht abgeschlossen sind, kann mit weiteren Auftrittsverboten gerechnet werden. Wie Ursula Apel weiter mitteilte, war die von der Parteilinie abweichende „politisch-moralische Einstellung“ der Musiker entscheidend für die Entziehung der Spielerelaubnis. Zahlreiche andere Musiker erhielten im Bezirk Cottbus nur eine befristete Spielgenehmigung, die an bestimmte Verpflichtungen, z. B. politische Schulung, gebunden war.

#### ... und an den Schriftstellern

Erich Honecker kritisierte auch die Darstellungstendenzen vieler Schriftsteller:

„Im Namen einer ‚abstrakten Wahrheit‘ konzentrierten sich diese Künstler auf die Darstellung von angeblichen Mängeln und Fehlern in der Deutschen Demokratischen Republik. Einige Schriftsteller sind der Meinung, daß die sozialistische Erziehung nur durch die summierte Darstellung von Mängeln und Fehlern erfolgreich sein kann. Sie bemerken nicht, daß die Wirkung ihrer Kunstwerke nach rückwärts zerrt und die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Werktätigen hemmt... Die Orientierung auf die Summierung von Fehlern, Mängeln und Schwächen wird von Kreisen genährt, die daran interessiert sind, gegenüber der Politik der DDR Zweifel zu erwecken und die Ideologie des Skeptizismus zu verbreiten. Zu diesen Kreisen gehört z. B. Wolf Biermann. In einem Gedichtband, der im Westberliner Wagenbach-Verlag erschien, hat Biermann die Maske fallen lassen. Im Namen eines schlecht getarnten spießbürgerlich anarchistischen Sozialismus richtete er scharfe Angriffe gegen unsere Gesellschaftsordnung und unsere Partei. Mit seinen von gegnerischen Positionen geschriebenen zynischen Versen verrät Biermann nicht nur den Staat, der ihm eine hochqualifizierte Ausbildung ermöglichte, sondern auch Leben und Tod seines von den Faschisten ermordeten Vaters“ („Neues Deutschland“, 16. 12. 65, S. 6).

Besonders bemerkenswert war der Diskussionsbeitrag des stalinistischen Kulturfunktionärs Alfred Kurella, dessen Bruder einst auf Stalins Befehl erschossen wurde und der offenbar wegen zu großer Engherzigkeit 1963 als Leiter der Kulturkommission abgesetzt und aus dem Politbüro entfernt wurde. Kurella forderte ein langfristiges Perspektivprogramm der „speziellen Kulturpolitik in der DDR“ über 1970 hinaus und stellte fest:

„Dabei haben wir uns gegen vier Fronten abzugrenzen bzw. unsere Position gegenüber vier Komplexen in unserer Umgebung zu klären, und zwar kämpfend: gegenüber alten und neuen liberalistischen und revisionistischen Tendenzen, die, wie wir hier gesehen haben, in einzelnen Fällen bis zur Konterrevolution gehen; gegenüber den westdeutschen, unter den dortigen Verhältnissen relativ fortgeschrittenen liberalen ästhetischen Strömungen,

die, wie wir ebenfalls gesehen haben, in einzelnen Fällen umschlagen können in eine echte revolutionäre Haltung, die aber auch dann noch etwas anderes sind als das, was vor uns steht; gegenüber massiven revisionistischen Tendenzen bei unseren Bundesgenossen im sozialistischen und kommunistischen Lager und gegen Routine und Unklarheiten oder verschiedene widersprechende Meinungen in Organen der Kulturfront bei uns selber“ („Neues Deutschland“, 19. 12. 1965).

Hier ist vor allem die Forderung nach Abgrenzung von fortschrittlichen kulturellen Entwicklungstendenzen in anderen kommunistischen Ländern beachtenswert. So freimütig wurde selten für Abkapselung von der kulturellen Entwicklung in anderen kommunistischen Staaten plädiert!

### „Skeptizismus“

Das zentrale Problem bei der Beurteilung der ideologischen Situation in Mitteldeutschland ist der „Skeptizismus“. Insbesondere Künstler, Schriftsteller und Jugendliche beurteilen die Entwicklung in Mitteldeutschland mit skeptischer Distanz. Sie haben die Gläubigkeit an kommunistische Ideale verloren, sie sind von der Wirklichkeit enttäuscht, sie haben die Überfütterung mit Ideologie satt, sie wollen sich in pragmatischer Weise in der gegebenen kommunistischen Gesellschaftsordnung notgedrungen halbwegs einrichten. Mit einem engen Klassenstandpunkt wollen sie möglichst nichts zu tun haben. Die Ersten Parteisekretäre der Bezirke Leipzig und Halle, Paul Fröhlich und Horst Sindermann, die beide dem Politbüro angehören, sowie die Direktorin der Parteihochschule, Hanna Wolf, forderten auf der Elften Tagung des ZK mit besonderer Eindringlichkeit die stärkere Betonung von Grundfragen.

Am offenkundigsten vertrat Hanna Wolf einen harten, weitgehend stalinistischen Standpunkt. Man kann ihr für ihre unverblühte Offenheit dankbar sein. Hanna Wolf bemerkte u. a.:

„Ich habe mich eben über den Diskussionsbeitrag des Genossen Witt sehr gewundert. Er hat sehr gelehrt gesprochen. Aber das Wort ‚Klassenkampf‘ oder ‚Klassenstandpunkt‘ ist in seiner Rede nicht einmal vorgekommen, obwohl er drei Jahre lang an der Parteihochschule studiert hat. Das Wesentliche scheint mir zu sein, daß bei manchen Genossen, auch bei Künstlern, vor lauter Skeptizismus irgendwie eine verkehrte Weltanschauung entstanden ist. Erschüttert durch Fragen, die sie nicht verstehen, bleiben sie an bestimmten Nebensächlichkeiten hängen“ („Neues Deutschland“, 19. 12. 1965).

### Kritik aus den eigenen Reihen

Hanna Wolf forderte, mit der „fehlerhaften Auswertung“ des XX. Parteitages der KPdSU Schluß zu machen und „das Positive und Große“ in der Geschichte der Sowjetunion nicht zu vergessen. Unzweifelhaft hat Hanna Wolf richtig erkannt, daß der XX. Parteitag eine der wichtigsten Quellen für die heutigen Schwierigkeiten und für die Schwächen der ideologischen Führung ist. Für die SED besteht die Schwierigkeit darin, daß sich die „Skeptiker“ vielfach, zum Teil ehrlich, zum Teil geheuchelt, zum Sozialismus und zur Partei bekennen. Sie beschreiten den Weg der Kritik und der Auflehnung als Anhänger des Marxismus. Die „Skeptiker“ sind zumindest in Worten für die „DDR“ und den Kommunismus, aber sie widersetzen sich — aktiv oder passiv, getarnt oder offen — der bornierten dogmatischen Funktionärsschicht, die schöpferisches, selbständiges Denken der Mitglieder fürchtet. Mitunter berufen sie sich bei der Verteidigung ihres

Standpunktes auf den „Landesvater“ Walter Ulbricht, der kritisierenden Bürgern wiederholt Schutz zugesichert hat. Für die SED wäre die Angelegenheit einfach, wenn sich die Kritiker offen gegen die SED, die „DDR“ oder gegen den „Frieden“ aussprechen würden. Die Kritiker sind „dafür“, aber sie kritisieren recht deutlich die Mängel. Sie kritisieren diesen oder jenen Funktionärstyp, aber weniger die Partei als Ganzes. Die SED ist heute vornehmlich durch die Zweifler in den eigenen Reihen gefährdet.

### Die Zügel werden gestrafft

Erich Honecker brachte im Bericht des Politbüros an die Elfte Tagung des ZK den augenblicklichen Zustand an der „ideologischen Front“ mit der „zielstrebigem Aufweichungspolitik des Gegners“ wie folgt in Zusammenhang:

„Dieser Skeptizismus wird noch dadurch verstärkt, daß der Gegner die These des ‚Zweifels an allem, des Zweifels an jeder Autorität‘ zu einer Hauptlösung seiner ideologischen Diversion macht.

Der Gegner fordert von den Kulturschaffenden der DDR nicht mehr die Absage an den Sozialismus, die Aufgabe sozialistischen Gedankengutes, sondern nur den ‚Zweifel an der Richtigkeit unseres sozialistischen Weges‘“ („Neues Deutschland“, 16. 12. 1965).

Die Situation ist für die SED schwierig. Sie fürchtet angesichts der unmittelbaren Nachbarschaft zur „besonders aggressiven Bundesrepublik“ und der noch weitverbreiteten Unzufriedenheit mit dem Ulbricht-Regime jedes ernsthafte Öffnen der Ventile für einen längeren Zeitraum. Sie fürchtet sich vor lawinenartigen Auswirkungen und will daher schon den kleinsten Anfängen einer Untergrabung der Macht und Autorität vorbeugen.

In der gegenwärtigen Situation kommt noch hinzu, daß sich die SED-Führung offenbar schon auf den Abschied Ulbrichts von der politischen Bühne einstellt. Dieser Abschied wird zwangsläufig mit einem zeitweiligen Autoritätsverlust der Führung und mit verstärkten offenen Richtungskämpfen in der Partei verbunden sein.

### Die Position Ulbrichts

Die heftige Kampagne gegen Aufweichungstendenzen zeigt, wie die SED selbst die Anfälligkeit der von ihr vertretenen Ordnung einschätzt. Unzweifelhaft konnten angesichts der geschilderten Aufweichungserscheinungen die Stalinisten und „Dogmatiker“ im kulturellen Bereich in den letzten Monaten wieder an Terrain gewinnen. Manche Beobachter meinen, daß es in diesen Fragen zwischen dem alternden, sich auf den Ruhestand vorbereitenden und um den Eindruck des „Landesvaters“ bemühten Walter Ulbricht und anderen Parteiführern erhebliche Meinungsverschiedenheiten gibt. Meinungsverschiedenheiten in methodischen Fragen mögen vorhanden sein, doch die zum Teil gegensätzlichen Äußerungen auf der Plenartagung erinnern mehr an ein Spiel mit verteilten Rollen. Ulbricht überließ die Grobarbeit anderen Politbüro-Mitgliedern. Er beschränkte sich als „Landesvater“ darauf, den Künstlern etwas weniger polemisch vorwiegend „konstruktive“ Aufgaben zu stellen, wobei aber auch er nicht darauf verzichtete, die Grenze des Erlaubten aufzuzeigen.

Die eindeutige Position von Walter Ulbricht geht aus einem auf den 14. Januar 1966 datierten ermahnenden Brief an den Regisseur Prof. Kurt Maetzig hervor, der am 23. Januar 1966 im „Neuen Deutschland“ als Bei-

trag zur kulturpolitischen Auseinandersetzung veröffentlicht wurde. Ulbricht steckte dort die Grenzen der künstlerischen Freiheit ab. „Unsere Schriftsteller und Künstler haben die weitestgehende Freiheit, alles zu gestalten, was unserem Staat, unserer Gesellschaft nützt.“ Ulbricht wandte sich dagegen, daß Begriffe wie Konformismus und Nonkonformismus bei Schriftstellern und Künstlern „eine gewisse Rolle“ spielen und manche Künstler heute „den Zweifel an allem wie Rauschgift“ genießen. Zwar begnügte sich Ulbricht — im Gegensatz zu anderen — mit der geübten Selbstkritik von Prof. Maetzig, doch gleichzeitig ließ er sich darüber aus, „wie tief die ideologischen Irrtümer waren“. Ulbricht meinte, man müsse unter den Filmkünstlern wie unter den Kunstschaffenden aller Sparten völlige Klarheit schaffen, wohin es führe, wenn man die Positionen der Partei verlasse... Schriftsteller und Künstler müßten ihre Reihen fester um die Partei zusammenschließen.

Die SED wird in den nächsten Monaten viel Kraft aufwenden müssen, um die Situation im kulturellen Bereich und unter der Jugend zu meistern. Schließlich ist es nicht damit getan, mit Verboten und Produktionsbehinderungen nur Auswüchse zu verhindern, sondern die SED-Führung muß die Künstler und Schriftsteller für die Mitarbeit gewinnen. Oft war das Schweigen von angesehenen Autoren dem Regime äußerst unangenehm. Es gibt auch jetzt wieder Anzeichen dafür, daß einzelne Politbüro-Mitglieder auf Reise geschickt werden, um die Kritik zu „erklären“, die Resistenz zu brechen und für Mitarbeit zu werben. Es ist zu erwarten, daß in den nächsten Monaten eine spezielle Veranstaltung des Zentralkomitees zu Kulturfragen durchgeführt wird.

#### *Unverminderte „Resistenz“*

Die Schriftstellerin Christa Wolff, die dem ZK der SED als Kandidatin angehört, mußte bei ihrem Versuch, für künstlerische Freiheit einzutreten, schweren Widerstand hinnehmen. Ihre Ausführungen wurden durch Zwischenrufe anderer ZK-Mitglieder wiederholt unterbrochen, obwohl sie sich nahezu Vorbildlich zur „DDR“ und zur SED bekannte. Beachtenswert war, daß sie sich schützend vor den kritisierten Autor Werner Bräunig stellte. Christa Wolff warnte mutig vor der verstärkten Reglementierung der Kultur:

„Ich möchte auch sagen, daß der Begriff des Typischen, der in der Diskussion mehrmals gebraucht wurde, auch seine sehr genaue Untersuchung verlangt, daß man nicht wieder zurückfällt auf den Begriff des Typischen, den wir schon einmal hatten und der dazu geführt hat, daß die Kunst überhaupt nur noch Typen schafft“ („Neues Deutschland“, 19. 12. 1965, S. 12).

Die SED hat in den sieben Monaten, die seit dem 11. Plenum des Zentralkomitees verstrichen sind, es nicht vermocht, die nonkonformistischen Schriftsteller und Künstler auf Linie zu bringen. Es gibt zahlreiche Beispiele, die dies deutlich machen. Die sichtbarste und wirksamste Form des Widerstrebens ist das Schweigen der angesehenen Autoren zu den jüngsten Beschlüssen der Partei. Auch im Verhältnis zum Schriftstellerverband — einer gleichgeschalteten kommunistisch gesteuerten Berufsorganisation — wird die oppositionelle Position zahlreicher Schriftsteller erkennbar. Angesehene Autoren von Rang verachten den Schriftstellerverband mehr und mehr. Der bekannte Schriftsteller Franz Fühmann, ein Mitglied der Nationaldemokratischen Partei, trat Anfang Januar 1966 demonstrativ „aus Protest gegen die Fortführung der

kulturpolitischen Linie der DDR auf dem 11. Plenum der SED“ aus dem sechzigköpfigen Vorstand des Schriftstellerverbandes aus. Wegen des betonten passiven Widerstandes der Ostberliner Schriftsteller sahen sich die Verantwortlichen im Schriftstellerverband genötigt, diese Vorstandstagung nach Dresden einzuberufen.

Seit Anfang dieses Jahres werden bei öffentlichen Erklärungen des Vorstandes des Schriftstellerverbandes nicht mehr die Namen der unterzeichnenden Mitglieder aufgeführt. Offenbar soll nicht mehr feststellbar sein, wer sich vor der Unterzeichnung einer Erklärung gedrückt hat. Die Tagungen der örtlichen Organisationen des Schriftstellerverbandes werden von namhaften Autoren zunehmend boykottiert. Im März 1966 wurden erneut auch Veränderungen in der Spitze des Schriftstellerverbandes vorgenommen, wobei der Einfluß sachfremder Funktionäre in Spitzenpositionen verstärkt wurde. Auch in der Leitung der Zeitschrift „Neue Deutsche Literatur“, die insbesondere im vergangenen Jahr sich noch einige Eigenwilligkeiten leistete (freimütiger Bericht über ein Kolloquium mit Schriftstellern aus dem Ostblock, Abdruck von Auszügen aus kritischen Artikeln von Stephan Hermlin und Christa Wolff), wurde der Chefredakteur Wolfgang Joho abgelöst und durch Werner Neubert, einen langjährigen Mitarbeiter des ZK der SED, ersetzt.

#### *„Dogmatiker“ und Liberale*

Die Ereignisse der letzten Zeit lassen deutlich erkennen, daß zwischen den Dogmatikern im Parteiapparat und im Schriftstellerverband und den gemäßigten, liberaler eingestellten Schriftstellern offene Gegensätze bestehen. Während zur letztgenannten Gruppe die angeseheneren Autoren gehören, wird die erstgenannte nur durch mittelmäßige Literaten, die ohne Förderung der Partei nicht existieren können, repräsentiert. Während die Könner vornehmlich schweigen, wirkt die aufdringliche, unterwürfige Geschwätzigkeit der Mittelmäßigen fast peinlich. Der Widerstand der angesehenen Schriftsteller beschränkt sich jedoch nicht nur auf Schweigen. Mehrere Mitglieder des Vorstandes des Schriftstellerverbandes mißbilligten die Abberufung von Wolfgang Joho. Zwei Mitglieder des Redaktionskollegiums der „Neuen Deutschen Literatur“ kündigten an, daß sie im Falle der Abberufung von Joho ebenfalls die Redaktion verlassen würden. Insbesondere Anna Seghers und Erwin Strittmatter setzten sich für das Verbleiben von Joho ein. Die Selbstsicherheit von Stephan Heym und anderer Oppositioneller beruht auf der Erkenntnis, daß die meisten Schriftsteller und Künstler oppositionell eingestellt sind. Die linientreuen Schriftsteller fühlen sich unter ihren Kollegen oftmals in der Isolierung. Die Äußerungen von zwei parteiergebenen Schriftstellern machen dies deutlich. Der eine, Sakowski, sagte: „Ich glaube, für manchen von uns ist die Angst, womöglich für einen Dogmatiker gehalten zu werden, größer als jede andere Angst.“ Der andere, Wohlgemuth, drückte es so aus: „Wenn wir uns bemühen, an der ideologischen Front zu kämpfen, nicht gegen die Partei, sondern für sie, dann haben wir schnell unseren Stempel weg: Ihr seid nicht ehrlich, ihr seid Dogmatiker!“

#### *Die Partei in der Defensive*

Aufschlußreich ist auch, daß die SED-Führung eigentlich immer noch genötigt ist, gegenüber den Schriftstellern und Künstlern defensiv zu argumentieren. Viele Beobachter charakterisieren die Kulturpolitik der ‚DDR‘ als undurchsichtig, weil sie aus harten und weichen Elementen

des politischen Kurses besteht. Alexander Abusch, Mitglied des Präsidiums des Ministerrates und ehemaliger Kulturminister, machte in einem Artikel im „Neuen Deutschland“ den Schriftstellern nicht mehr die Verteidigung klassenkämpferischer Positionen zur Pflicht, sondern stellte lediglich die Loyalität gegenüber dem Staat als Kriterium heraus. In den Monaten nach dem 11. ZK-Plenum waren verschiedene SED-Spitzenfunktionäre bemüht, die Kritik der Partei zu „erklären“, die Resistenz zu brechen und für Mitarbeit zu werben. Bemerkenswert für den künftigen Kurs ist trotz teilweiser Säuberung in kulturellen Spitzenpositionen, daß die SED-Führung nicht den scharfen dogmatischen Alfred Kurella, sondern den beweglicheren welterfahreneren Klaus Gysi zum neuen Kulturminister ernannt hat. Daraus kann man ableiten, daß die SED nur die Grenzen der künstlerischen Freiheit eindeutiger markieren möchte, aber das Rad nicht direkt zurückdrehen will. Indessen ist die SED jedoch bestrebt, den staatlichen Aspekt stärker hervorzuheben und die Ausstrahlung der ‚DDR‘-Autoren auf das Ausland unter Kontrolle zu bringen. Wer über Mißstände im Innern räsoniert, aber sich noch zum Sozialismus und zur ‚DDR‘ in Worten bekennt, der wird mit Einschränkungen noch toleriert; wer jedoch im Westen gegen die ‚DDR‘ auftritt, Vorbehalte oder Kritik äußert bzw. Unerwünschtes publiziert, der wird gemäßregelt.

#### *Zwang durch Urheberrecht*

Am 12. Januar 1966 faßte der Vorstand des Schriftstellerverbandes — auf Bestellung der SED — einen außergewöhnlichen Beschluß, der in der März-Nummer der Zeitschrift „Neue Deutsche Literatur“ publiziert wurde. Da „ein zunehmendes Interesse des Auslandes, Westdeutschlands und West-Berlins für die sozialistische Literatur der DDR“ bemerkbar sei, erhöhe sich die Verantwortung der DDR-Schriftsteller. Nach Ansicht des Schriftstellerverbandes sind die Schriftsteller dieser erhöhten Verantwortung nicht ganz gewachsen, deshalb sollen sie nicht mehr berechtigt sein, Verträge mit ausländischen (auch bundesdeutschen) Partnern abzuschließen. In dem Beschluß hieß es: „Die Weltrechte für Werke unserer Autoren gehören in die Verlage unserer Republik.“ Um Mißverständnisse auszuschließen, wird hinzugefügt, daß damit ebenfalls „die publizistische Tätigkeit außerhalb der Grenzen unserer Republik“ gemeint sei und auch „das persönliche Auftreten unserer Autoren“. Inzwischen wurde im „Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik“ (Teil II, Nr. 21) eine vom Kulturminister Klaus Gysi unterzeichnete „Anordnung über die Wahrung der Urheberrechte durch das Büro für Urheberrechte“ veröffentlicht. Der Paragraph 2 dieser Anordnung bestimmt:

„Die Vergabe von urheberrechtlichen Nutzungsbefugnissen von Urhebern und sonstigen Berechtigten, die Bürger oder Institutionen — einschließlich Verlage und Betriebe — der Deutschen Demokratischen Republik sind, an Partner außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik bedarf vor Abschluß des Vertrages der Genehmigung durch das Büro für Urheberrechte.“

Im Paragraph 4 heißt es, daß das „Büro für Urheberrechte“ die Genehmigung eines Vertrages „von der Erfüllung von Auflagen abhängig machen“ kann. Bemerkenswerterweise sind die in dieser Anordnung angedrohten Strafen relativ mild. Wer fahrlässig oder vorsätzlich gegen die Anordnung verstößt, „kann mit einem Verweis

oder Ordnungsstrafen von 10 MDN bis 500 MDN bestraft werden“.

Das „Büro für Urheberrechte“ kann die Genehmigung eines Vertrages von der Bedingung abhängig machen, daß die urheberrechtlichen Nutzungsbefugnisse zunächst einem mitteldeutschen Verlag angeboten werden. Damit gerät das Buch aber bereits in die Lizenzierungsmaschinerie. Da der Verlag für eine Veröffentlichung eine Lizenz beim Kulturministerium beantragen muß, hat dieses auch die Möglichkeit, den Inhalt zu prüfen. Wird das Buch als ideologisch ungeeignet oder schädlich eingestuft, dann ist weder in Mitteldeutschland noch im Ausland eine Veröffentlichung legal möglich, da das „Büro für Urheberrechte“ als nachgeordnete Dienststelle des Kulturministeriums die ministerielle Entscheidung beachten wird.

Die Auswirkungen dieser Anordnung sollte man nicht unterschätzen. Zwar ist nach dieser Verordnung nur eine relativ milde Bestrafung möglich, aber in der Regel wird man immer noch zusätzlich devisenrechtliche Verordnungen anwenden, nach denen auch Freiheitsstrafen verhängt werden können. Manche Schriftsteller werden durch diese Verordnung materiell schwer getroffen. Für einen Schriftsteller wie Peter Huchel z. B., der seit Jahren von der SED systematisch in eine zermürbende Isolierung gedrängt wurde, ist die Publikationsmöglichkeit im Westen eine Frage der materiellen Existenz.

Psychologisch wird diese Maßnahme das Bewußtsein der geistigen Enge und des Abgeschnittenseins verstärken. Bislang wurden Bücher, deren Erscheinen in „DDR“-Verlagen aussichtslos war, oftmals mit der Aussicht auf eine Publikation in der Bundesrepublik begonnen. Dieser Ausweg ist nun weitgehend versperrt. Nicht zu unterschätzen ist auch, daß diese Maßnahme nicht nur ein erneuter Schlag gegen die künstlerische Freiheit, sondern auch gegen die deutsche Einheit ist. Praktisch wird in dieser Anordnung die Bundesrepublik als Ausland gewertet. Die Schaffung eines „Büros für Urheberrechte“ offenbart, daß es der SED-Führung nicht gelungen ist, die Schriftsteller und Künstler zu überzeugen, daß in Mitteldeutschland künstlerische Freiheit herrscht. Die im Westen publizierenden „DDR“-Schriftsteller ziehen es vor — um lästigen Bevormundungen zu entgehen und um ihre Meinung unverkürzt schreiben zu können —, ihre Arbeiten jenseits der „Grenze“, sogar beim „Klassenfeind“, erscheinen zu lassen. Formal wurde die Notwendigkeit der neuen Anordnung mit devisenrechtlichen Gesichtspunkten motiviert. Doch dies ist nur ein Vorwand, da die devisenrechtlichen Vorschriften bisher schon relativ lückenlos waren.

#### *„Produktionsarbeiter“ als Schriftsteller*

In Mitteldeutschland ist auch der von der Partei geförderte „Bitterfelder Weg“ kein Tabu mehr. In Heft 5/1966 des SBZ-Archivs gibt es eine bemerkenswerte Zusammenfassung von kritischen Stellungnahmen gegen die Methode, „Produktionsarbeiter“ zu Schriftstellern zu entwickeln, bzw. Schriftsteller zu zwingen, längere Zeit in der Produktion zu arbeiten, um von den Arbeitern zu lernen. Die Dramaturgin des Deutschen Theaters, Ilse Galfert, wagte unter dem Vorwand der Berücksichtigung ökonomischer Faktoren eine ziemlich umfassende Kritik am „Bitterfelder Weg“.

„Jedoch, wie entwickelt sich bei uns ein Arbeiterschriftsteller? Er ‚entwickelt‘ sich bedrängt von den Verführungen eines sich noch schneller entwickelnden neuen Mäzenatentums!

Der Kulturfonds hat Geld frei für neue Stücke; Mittel des FDGB stehen zur Verfügung; die Bezirke sind nicht kleinlich gegenüber Autoren ihres Bezirks; die großen Industriebereiche machen ebenso bereitwillig den Geldgeber; die Theater manipulieren mit unausgenutzten Planstellen zugunsten ihrer Hausautoren. Und zuletzt ist noch der Deutsche Fernsehfunk parat, der jenseits der Sendegebühren Materialzulieferungen und Auftragsarbeiten höchst nobel honoriert.“

Ilse Galfert weist an Hand von Beispielen nach, wie Arbeiterdichter verdorben wurden, sich von „ihrer Klasse“ lösten und führt damit geschickt einen bedeutenden Angriff auf diesen fragwürdigen Weg.

„Ich finde, die Schriftsteller-Anfänger, gerade gleich anfangs zu wohlgebetet, verlernen es so, sich überhaupt um einen Publikumsmarktwert zu bemühen. Solange sich lauter anonym bleibende Hilfskräfte bemühen, ihre selbst geringfügigsten Einfälle aufführungsreif zurechtzupinseln, kommt die Qualitätsfrage ihnen nur recht gelegentlich überhaupt in den Sinn. Und die Neigung der sozialistischen Idylle bei ihnen kommt auch daher, sie verlieren eben die Beziehung zu der echten Problematik, die unser Leben zeitigt; oder sie übernehmen sie aus zweiter Hand und gestalten sie dann nur schematisch.“

### Der „dritte Weg“

Für die Schriftsteller ist auch die Frage der deutschen Einheit ein Feld, indem sie vielfach die unrealistische und maßlose SED-Formel „Einheit ja — aber nur unter kommunistischen Vorzeichen“ ablehnen und immer wieder zu Überlegungen eines „dritten Weges“, einer Synthese fortschrittlicher Tendenzen in beiden Teilen Deutschlands, gelangen. Mit Schrecken stellt die SED-Führung fest, daß bei kulturellen Ost-West-Kontakten die Tendenzen des „dritten Weges“ gefördert werden.

Der auf dem 11. ZK-Plenum scharf kritisierte Schriftsteller Werner Bräunig hat indessen jedoch unter dem von der SED organisierten Druck der Wismut-Kumpel begonnen, seinen Roman „Der eiserne Vorhang“ umzuschreiben. Das Kapitel „Rummelplatz“ erregte bekanntlich durch den Vorabdruck in der „Neuen Deutschen Literatur“ den Zorn der SED-Führer. Bräunig bezeichnete die zu Ende der vierziger Jahre im Wismutgebiet tätigen Männer als Glücksritter, Gestrandete und Verzweifelte, die mehr an Frauen und Wodka dachten als an den Sozialismus. In einer verordneten Aussprache wurde Bräunig belehrt, „den positiven Kern nicht aus den Augen zu verlieren“, und man erklärte ihm, wie „man an die Auswahl der Fakten herangehen muß, um im Kunstwerk der Jugend Ideale zu geben . . ., um eine Literatur der starken Charaktere zu schaffen, die unser Volk für seinen Kampf braucht“. Bräunig bekannte selbstkritisch: „Vielleicht ist bei mir einiges unterbelichtet, in der Tönung zu fade — kann sein, daß die Kontur noch schwimmt, aber daran arbeite ich.“ Bräunig versprach die Umarbeitung und erklärte sich bereit, vor Drucklegung erst noch einmal den Kumpels, Kulturfunktionären und Genossen von der Wismut den fertigen Roman vorzulegen.

### Keine Rückkehr zum Stalinismus

Das Klima hat sich verschlechtert. Eine Rückkehr zum „klassischen“ Stalinismus ist aber auch in dem besonders gefährdeten Kulturbereich nicht zu erwarten. Dagegen sprechen folgende Faktoren:

1. Durch die Entstalinisierungskampagne — so schwach und zögernd sie in Mitteldeutschland auch erfolgte — ist

der Glaube an die Unfehlbarkeit der Partei auch bei Parteiliteraten erschüttert. Verschiedene „altbewährte“ literarische bzw. künstlerische Dogmen wurden während der Entstalinisierung abgewertet. Es ist nicht möglich, zu ihnen zurückzukehren. Neue anerkannte Leitsätze sind noch nicht vorhanden oder sind umstritten.

2. Während in der Stalinära aus anderen kommunistischen Ländern kaum wesentliche Anregungen im Grundsätzlichen und im Methodischen kamen, weil die ganze kommunistische Literatur durch den sog. „sozialistischen Realismus“ gleichgeschaltet war, kommen jetzt angesichts ausgeprägter polyzentristischer und nationalkommunistischer Tendenzen manche beachtenswerten freiheitlichen Anregungen auch aus kommunistischen Nachbarländern. Es ist nicht einfach, bei den offiziell propagierten Thesen über die Freundschaft kommunistischer Völker und Parteien und über den proletarischen Internationalismus für provinzielle Beschränktheit und Abkapselung einzutreten.

### Druck ausländischer Kommunisten

3. Die in anderen kommunistischen Parteien mehr oder weniger langsam voranschreitende Entstalinisierung führt nicht nur zu einer Ermunterung, sondern mitunter zur direkten Unterstützung antidogmatischer SED-Mitglieder durch ausländische Kommunisten. Hier sei nur als Beispiel darauf hingewiesen, daß der Altkommunist Prof. Robert Havemann, der bereits 1964 aus der SED ausgeschlossen wurde, seinen Lehrstuhl an der Ostberliner Humboldt-Universität verlor und jetzt noch aus der Akademie der Wissenschaften entfernt wurde, vom italienischen KP-Organ „Unità“, dem italienischen Parteitheoretiker Prof. Lombardo-Radice und von einigen einflußreichen polnischen Kommunisten als bedeutender schöpferischer Marxist und ehrlicher Kommunist gegen die dogmatische SED-Führung verteidigt wurde. Die SED steht also unter einem gewissen antidogmatischen Druck ausländischer Kommunisten. Da gerade sie um Anerkennung und Reputation sich besonders bemühen muß, können ihr die Stimmen aus anderen Parteien nicht gleichgültig sein.

4. Obwohl die ‚DDR‘ in den letzten Jahren einige wirtschaftliche und politische Erfolge erringen konnte, gelang es in der SED nicht, entstehende Enttäuschungen unter den Anhängern zu überwinden. Der Mißerfolg bei der Offensive der Sowjetunion und der ‚DDR‘ gegen das freie Berlin, der sowjetische Rückzug aus Kuba, die Duldung der Bombardierung Nordvietnams, die sich vertiefende Spaltung des kommunistischen Lagers und die zunehmende Wühl­tätigkeit der chinesischen Kommunisten schwächen nicht nur die Führungsposition der Sowjetunion, sondern verstärken die Zweifel am Kommunismus in den eigenen Reihen. Man kann den Entwicklungstrend der letzten zehn Jahre zwar durch administrative Maßnahmen etwas eindämmen, aber nicht rückgängig machen.

5. Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik auf der Grundlage des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft ist ebenfalls unvereinbar mit einer vollen Rückkehr zum Stalinismus. Die hochgeschraubten Planziele der SED und das Bemühen um internationale Aufwertung erfordern ein auskömmliches Verhältnis zur Mehrheit der Bevölkerung.

## Briefe an die Schriftleitung der Herder-Korrespondenz

### Katholische Presse

In der Aprilnummer der Herder-Korrespondenz referieren Sie über die Akademietagung in München vom 26./27. Febr. „Publizistik — vierte Gewalt?“. Der Artikel ist im allgemeinen zufriedenstellend. Es läge aber wohl in der Linie Ihrer Zeitschrift, den Vortrag von E. Gabel nicht so sehr eng zu fassen. Oder glauben Sie, daß dieser Vortrag bzw. Ihre Zusammenfassung keine kirchliche Funktion zu erfüllen habe oder etwa eine kleinere als Ihr Resumé über den Vortrag von Proebst, der nun wahrlich an einer substanzlosen Logorrhöe litt, die unannehmbar subjektiv war.

Die Unzulänglichkeit des Konzilsdekretes über die Massenkommunikationsmittel, die abstrusen Verhältnisse (entschuldigen Sie diesen Ausdruck, aber leider kam ich nach eingehendem Studium zu dieser Ansicht) der kirchlichen Presse im w. S. in Deutschland — von der Schweiz brauchen wir nicht zu sprechen —, das Fehlen einer fundierten wissenschaftlichen Literatur zur katholischen Presse, die Fantasielosigkeit der Artikelschreiber von „Kathol. Presse“ und „Öffentliche Meinung“ im Herder (!) „Lexikon für Theologie und Kirche“ (neueste Auflage) — ich glaube, das alles wäre Grund genug, sich an Gabel zu klammern. Für Sie freilich mag Proebsts Deutschland-Problematik interessanter gewesen sein, ob für Ihre Zeitschrift auch, ist eine andere Frage, es sei denn, Sie hätten auf einen längeren Gabel-Auszug die konservative Reaktion gefürchtet. Dann aber würde ich Ihre konservative Linie bedauern.

Werner Zurfluh, Immensee

### Mitbestimmung

Die von uns immer wieder betonte Frage nach der „Abhängigkeit des Einzelnen von Institutionen auf allen Lebensgebieten“ wird auch in diesem Aufsatz über Mitbestimmung wie folgt beantwortet:

S. 239: „In dieser Frage sind die katholischen Arbeiterorganisationen demokratischer als der DGB und vermeiden damit die Gefahr einer syndikalistischen Selbstherrlichkeit der Gewerkschaften.“

Wer die tatsächlichen Machtverhältnisse auf Arbeitnehmer-Repräsentationsseite in den Großbetrieben und Unternehmungen der Privatwirtschaft und des Öffentlichen Dienstes kennt, weiß ganz genau, daß Organisationen aus dem gemeindlichen, kirchlichen oder parteipolitischen Bereich nicht angelegt und nicht in der Lage sind, die Gefahr einer syndikalistischen Monopolherrschaft zu vermeiden.

S. 240 (oben): „Sie sollen sich jedoch nicht gegen die Interessen der Arbeitnehmer eine unkontrollierbare und unanfechtbare quasi-öffentlich-rechtliche Position verschaffen.“

Tatsache ist doch, daß sich die DGB-Gewerkschaften in vielen Fällen und Bereichen bereits jetzt, also ohne erweiterte Mitbestimmung, eine unkontrollierbare quasi-öffentlich-rechtliche Position verschafft haben.

Wenn durch veränderte Eigentums- und Wirtschaftsstruktur in manchen Bereichen ein öffentlich-rechtliches „Kontroll-Interesse“ zu bejahen ist, dann eine Kontrolle des Parlaments, aber keine Kontrolle einer „Quasi-Monopolgewerkschaft“.

Unsere berechtigte Frage und Sorge ist: „Wer kontrolliert die sozialistischen Kontrolleure?“

Siegfried Rahammer  
Stellv. Vorsitzender des CGB

### Der Kathedralbau von Rio

Der sehr arrogante Brief des Msgr. Bessa sollte wohl von den Lesern der HK nicht unwidersprochen hingenommen werden. Geht es denn hier nur um kleine Korrekturen der Berichterstattung? Gewiß nicht! Nicht der Standort der Kathedrale ist wichtig, sondern die Tatsache, daß dort Leute so reich sind, daß sie mit einigen Grabstätten eine Bischofskirche finanzieren können. Und dieselben Leute sehen offenbar seelenruhig auf die sozialen Mißstände, die ihr Land dem Kommunismus in die Arme treibt. Vielleicht ist gar dieses Geld nichts anderes als der, im krassen Gegensatz zur Heiligen Schrift, einbehaltene Lohn der Arbeiter, deren Familien darben. Insofern ist es eben doch das Geld der Armen, die man zwar nicht um ein Scherflein angehen will, dafür aber sozusagen mit Gewalt zum Mitzahlen am Kirchenbau heranzieht. Eine freiwillige, den Verhältnissen angemessene Spende würde zudem den dortigen Christen das Gefühl geben, daß es „ihre“ Kathedrale ist und nicht die des Bischofs, gebaut mit dem Geld der Reichen.

Auf die Argumentation unseres brasilianischen Konfraters weiter einzugehen erübrigt sich schon deshalb, weil man den Eindruck nicht los wird, als habe ihn die Fragestellung des Konzils noch nicht berührt (vgl. z. B. den Hinweis auf die „Profanisation der öffentlichen Friedhöfe“).

Die Frage, ob die Kathedrale in der gegenwärtigen Zeit überhaupt gebaut werden soll, drängt sich wie nebenbei auf. Dem unbefangenen Leser, der an Weihnachten brav sein Scherflein für „Adveniat“ gegeben hat, wird die Frage kommen: Braucht man denn mein Geld dort überhaupt, wenn man Kathedralen mit dem Geld einiger weniger bauen kann?

Der Hinweis auf die ausländischen Priester, die angeblich nicht mitarbeiten, ist einfach eine Unverschämtheit! Wohin käme denn die lateinamerikanische Kirche, wenn Europa und Nordamerika seine in ihr tätigen Priester zurückziehen würde? Ich habe selbst einen ehemaligen Mitvikar in Argentinien, der in der Großen Salzwüste eine seit 10 Jahren verwaiste Pfarrei übernommen hat, obwohl ihm der dortige Bischof eine Stelle an seiner Kathedrale angeboten hatte. Alles in allem muß man sagen: So geht's nicht! Wahrscheinlich ist meine, mit Bedacht scharf formulierte Meinung zu diesem Brief Msgr. Bessas nicht die einzige Zuschrift zu diesem Thema, und vielleicht kann die HK die Meinung ihrer Leser in geeigneter Form nicht nur Msgr. Bessa, sondern auch Seiner Eminenz, dem Herrn Kardinal von Rio zur Kenntnis bringen.

Franz Sandherr, Ravensburg

*In unserem Beitrag über die Reform des kirchlichen Bußwesens (ds. Jhg., S. 170 f.) ist uns ein Irrtum unterlaufen. S. 171 l., zweite bis vierte Zeile von oben, muß richtig heißen: „Das Abstinenzgebot gilt aber nicht mehr ab vollendetem siebten, sondern ab vollendetem vierzehnten Lebensjahr.“ Das Fastengebot gilt vom 21. bis zum 60. Lebensjahr.“*